

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

5. März 1951.

195/A.B.
zu 51/5Anfragebeantwortung.

Die Abg. G e o h w e i d l und Genossen haben am 11.1.1950 an den Bundesminister für Inneres eine Anfrage gerichtet, was er zu veranlassen gedenke, damit dem Wunsche der Bevölkerung in Niederösterreich, wieder die alten Bezirksstrassen- und Bezirksfürsorgeausschüsse einzuführen, ehestens Rechnung getragen wird.

Hiezu bemerkt Bundesminister für Inneres H e l m e r, dass diese Frage schon seit langem Gegenstand der Bearbeitung im Bundesministerium für Inneres ist. Dies erhellt schon daraus - wie es in der Anfragebeantwortung heisst -, dass das Bundesministerium für Inneres bisher zwei Entwürfe eines Bundesverfassungsgesetzes über die Demokratisierung der Bezirksverwaltungen ausgearbeitet hat, die aber auf mehr oder weniger grossen Widerstand einzelner Bundesländer gestossen sind. Die Frage einer demokratischen Bezirkseinrichtung nur für einzelne Zweige der Verwaltung, also z.B. in Niederösterreich nur auf dem Gebiete des Fürsorge- und Strassenwesens, kann nicht gut von der allgemeinen Frage der Demokratisierung der Bezirksverwaltungen getrennt werden. Zu dem kommt, dass mit der Einrichtung demokratischer Bezirksfürsorgeverbände auch das in Arbeit stehende Fürsorge-Grundsatzgesetz im Zusammenhang steht. Hier die richtige Lösung zu finden, mit der auch die übrigen Bundesländer einverstanden sind, ist ungemein schwierig.

Die Herren Anfragesteller können aber überzeugt sein, dass ich Sorge tragen werde, dass dieses Rechtsproblem in absehbarer Zeit einer Lösung zugeführt wird.

-.-.-.-